

# Aufruf

Bundesweite Demonstration in Frankfurt



**„Wir zahlen nicht für eure Krise“**

**am Samstag, 28. März 2009**

**Abfahrt der IG Metall-Busse**

**Nürtingen: 9 Uhr Haupttor Firma Heller**

**Kirchheim: 9 Uhr Ziegelwasen; 9.15 Uhr Busbahnhof**

**Esslingen: Ort und Zeit werden noch mitgeteilt**

**(Kostenbeitrag für Mitglieder 10 €, für Nichtmitglieder 20 €)**

**Anmeldung bis zum 24. März 2009 unter Mitteilung von Namen, Abfahrtsort, Telefon-Nummer und E-Mail-Adresse:**

Verwaltungsstelle Esslingen / Heike Diesing

E-Mail: [heike.diesing@igmetall.de](mailto:heike.diesing@igmetall.de), Telefon: 0711/931805-13, FAX: 0711/931805-34

**Liebe Kollegin, lieber Kollege,**

**wir wollen nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahre zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler/innen und Studenten.**

**Wir fordern:**

- eine Millionärssteuer von 5 Prozent; die Einführung einer kräftigen Vermögensteuer für die großen Absahner
- Realloohnerhöhungen statt Lohnsenkungen; einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € die Stunde statt Hungerlöhnen; Gleichstellung von Befristeten und Leiharbeitenden mit Tarifbeschäftigten; eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen
- ein Zukunftsinvestitionsprogramm für soziale Dienste, Bildung, Infrastruktur und den ökologischen Umbau von jährlich 50 Mrd. €. Damit kann eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden
- die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 €; Abschaffung von Hartz IV
- die Rente mit 65 und eine armutsfeste Mindestrente; die Stärkung des gesetzlichen Rentensystems
- Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit
- eine öffentliche Kontrolle über die Banken. Das Casino muss geschlossen werden, d. h. Verbot von riskanten Spekulationsgeschäften und Trockenlegung der Steueroasen
- die Stärkung des öffentlichen Sektors statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen
- Demokratie und politisches Streikrecht. Das Diktat der Finanzmärkte muss durch mehr Demokratie in der Wirtschaft beseitigt werden. Wir wollen politisches Streikrecht wie in fast allen europäischen Ländern.